

/// Was tun wir gegen Judenfeindlichkeit?

## EU-STRATEGIEN GEGEN ANTISEMITISMUS

**KATHARINA VON SCHNURBEIN** /// Seit der Jahrtausendwende ist Antisemitismus wieder sichtbarer geworden. Die EU-Kommission wird 2021 die erste EU-Strategie gegen Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens vorlegen. Antisemitismusbekämpfung beginnt mit der Anerkennung aller Formen des zeitgenössischen Antisemitismus und muss alle relevanten Politikbereiche einbeziehen. Aus aktuellem Anlass wird ein besonderes Augenmerk auf israelbezogenen Antisemitismus sowie auf Judenhass im Internet gelegt.<sup>1</sup>

### Europa, Mai 2021

In meinem jüdischen Bekanntenkreis breitet sich gerade wieder Unbehagen aus. In Israel werden seit Tagen Zivilisten von der Hamas beschossen und europäische Juden werden gefragt, ob sie einmal erklären könnten, was in „ihrem“ Land denn wieder los sei. Und zwar nicht etwa, weil sie Politikwissenschaft studiert haben oder beruflich auf den Nahen Osten spezialisiert sind, son-

dern einfach, weil sie Juden sind. Auf sozialen Medien müssen sie mitansehen, wie Pro-Palästinenser vor der Synagoge in Gelsenkirchen „Sch\*\*\* Juden“ skandieren. Auf Twitter schreiben einige offen, dass sie Angst vor judenfeindlichen Übergriffen auf der Straße haben. Die nationalen jüdischen Dachverbände in einigen EU-Ländern schicken Warnungen heraus, mit als jüdisch erkennbaren Symbolen vorsichtig zu sein. Eine



**Der Antisemitismus ist wieder auf dem Vormarsch. Dem muss mit aller Kraft entgegengewirkt werden.**

Freundin in Belgien sagte mir, sie sei erleichtert, dass die jüdische Schule ihrer Kinder wegen Shavuot<sup>2</sup> ohnehin geschlossen sei. Einige fragen sich öffentlich: „Ist es Zeit, (wieder) die Koffer zu packen?“ Frustriert bemerkte der Kolumnist Mike Wulinger auf Twitter: „Wer Juden nur als Stolpersteine kennt, kann wohl nicht verstehen, dass die

heute Lebenden nicht einfach auf sich rumtrampeln lassen. Und viele vermischen den öffentlichen Aufschrei, den Aufstand der Anständigen“.<sup>3</sup>

#### **Antisemitismus im 21. Jahrhundert**

Antisemitismus, diese älteste Form des Hasses, ist seit der Jahrtausendwende erneut auf dem Vormarsch. Weg war er nie, aber jetzt werden antisemitische Vorurteile wieder ungenierter, öffentlich und mit Klarnamen geäußert. Laut einer repräsentativen Umfrage der EU-Grundrechteagentur von 2018 unter 16.300 europäischen Juden in 12 EU-Mitgliedsstaaten<sup>4</sup> sagen neun von zehn Befragten, dass Antisemitismus ihr größtes Problem sei, noch vor anderen Problemen wie der Angst vor Arbeitslosigkeit oder Krankheit.<sup>5</sup> In manchen

**Mit dem Konflikt im Mai 2021  
im Nahen Osten macht sich  
ZUNEHMENDER Antisemitismus in  
Europa bemerkbar.**

Ländern richten sich 60 bis 70 % der registrierten hassmotivierten Straftaten gegen die jüdische Bevölkerung, die in jedem EU-Land weit weniger als 1 % der Bevölkerung darstellt.

Von der Antike über das Mittelalter bis zur Neuzeit verfestigte sich ein negatives Judenbild. Antisemitismus mutierte, neue Ausdrucksformen kamen hinzu, während die alten nicht verschwanden. So existieren heute christlicher, muslimischer, rassistischer Judenhass neben Verschwörungsmythen, die einst die Pest den Juden in die Schuhe schoben und heute Juden oder Israel für den Ausbruch der Corona-Pandemie verantwortlich machen. Nach der Shoah hätte man meinen können, dass es mit dem Judenhass endlich vorbei sei. Stattdessen kamen Holocaustleugnung und -trivialisierung hinzu, und seit der Gründung Israels versteckt sich Antisemitismus bequem hinter Anti-Zionismus, der als politische Meinung präsentiert wird.

### Seit der Antike existiert ein **NEGATIVES** Judenbild.

#### Die Arbeitsdefinition „Antisemitismus“ der IHRA

Die verschiedenen Formen des Antisemitismus wurden 2016 in der Arbeitsdefinition „Antisemitismus“ der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) zusammengefasst. Diese wurde einstimmig von den damals 31 Mitgliedsstaaten der IHRA angenommen.<sup>6</sup> An der IHRA-Definition wird gelegent-

lich bemängelt, dass sie Kritik gegenüber Israel einschränkt. Dabei besagt sie explizit, dass „Kritik an Israel, so wie sie gegenüber anderen Ländern geübt wird, nicht antisemitisch ist“ und dass „antisemitische Taten dann Straftaten sind, wenn sie als solche vom Gesetz bestimmt sind“.

Laut der FRA-Umfrage 2018 betrachten europäische Juden auf einer Liste von acht Aussagen Holocaustleugnung als die perfideste Form des Antisemitismus. Die Aussage, der sie aber, insbesondere online, am häufigsten begegnen, ist israelbezogener Antisemitismus. Würde die IHRA-Definition diese Form des Antisemitismus nicht berücksichtigen, würde man entscheidende Erfahrungen der Betroffenen ausklammern. Die Mehrheit der Juden in Europa macht diese Unterscheidung übrigens: Während nur 38 % Kritik an Israel als antisemitisch betrachten, wird die von manchen Vertretern des linken politischen Spektrums unterstützte palästinensische „Boycott, Divestment and Sanctions“-Bewegung (BDS), die u. a. zum Boycott israelischer Künstler und Wissenschaftler als Vertreter eines Apartheid-Staates aufruft, von 82 % der Respondenten als antisemitisch angesehen.<sup>7</sup>

Für die Europäische Kommission ist die IHRA-Definition seit Januar 2017 die Grundlage ihrer Politik gegen jegliche Form von Antisemitismus. Das Europäische Parlament hat die Definition im Juni 2017 angenommen und der Europäische Rat bezieht sich in zwei Ratserklärungen von 2018 und 2020 darauf. Um Strafverfolgungsbehörden, Schulleitungen, Lehrern sowie den Medien die Anwendung der IHRA-Definition zu erleichtern und um Missverständnissen hinsichtlich der Meinungsfreiheit vorzubeugen, hat die Europäische Kommission im Januar

2021 gemeinsam mit der IHRA ein Handbuch zur praktischen Anwendung der IHRA-Definition<sup>8</sup> veröffentlicht.

### Israelbezogener Antisemitismus

Aus aktuellem Anlass soll hier der israelbezogene Antisemitismus näher beleuchtet werden. Dass er im öffentlichen Raum sehr präsent ist, mag damit zusammenhängen, dass jeder zweite Europäer Juden in seinem Land durch die Brille des Nahost-Konflikts wahrnimmt.<sup>9</sup> In manchen Ländern, wie etwa in Deutschland, liegt die Zahl wesentlich höher.<sup>10</sup> Es ist also nicht verwunderlich, dass die jüdische Gemeinde in Europa sich bedroht fühlt, wann immer der Nahost-Konflikt aufflammt.

### Der israelbezogene Antisemitismus korreliert mit dem NAHOST-KONFLIKT.

Besonders virulent sind zurzeit die öffentlichen Bekundungen aus pro-palästinensischen Kreisen, bei denen die rote Linie zum Antisemitismus oft überschritten wird. Umfragen haben ergeben, dass antisemitische und anti-zionistische Vorurteile unter Muslimen zwei- bis dreimal verbreiteter sind<sup>11</sup> als in der Gesamtbevölkerung<sup>12</sup>. Eines muss klar sein, und das wurde auch von der Europäischen Kommission im Zuge der jüngsten Demonstrationen wieder deutlich gemacht: Man kann mit der Politik Israels uneins sein, jedoch rechtfertigt kein Konflikt in der Welt Hassrede oder antisemitische Taten gegenüber Juden in Europa. Anti-

semitische Volksverhetzung muss strafrechtlich verfolgt werden.

Gerne zeigt man im rechten politischen Spektrum auf importierten Antisemitismus. Damit macht man es sich jedoch zu einfach. Antisemitismus gab es bekanntlich lange bevor es Israel gab, ja wahrscheinlich sogar bevor der Islam als Religion gestiftet wurde. Antisemitismus kommt in Deutschland immer noch überwiegend vom rechten politischen Rand und aus rechtsextremen Kreisen. Und: Bisher fehlt es im Rahmen von Integrationsmaßnahmen an klaren Botschaften, dass, wer Deutscher und damit Teil dieser Gesellschaft werden will, jüdisches Leben als selbstverständlich dazugehörig ansehen muss.

Nach wie vor ist die Sicherheit die größte Sorge der jüdischen Europäer. Im Rahmen der seit 2019 bestehenden Arbeitsgruppe Antisemitismus der EU-Kommission beraten Mitgliedsstaaten und jüdische Vertreter die Ausarbeitung und Umsetzung nationaler Strategien, zu der sich alle EU-Länder in Erklärungen des Rates zum Antisemitismus von 2018<sup>13</sup> und 2020<sup>14</sup> verpflichtet haben. Die Gewährleistung der Sicherheit ist ein zentrales Thema. Das schließt die Finanzierung der notwendigen Sicherheitsmaßnahmen mit ein. Die Kommission hat in den vergangenen Jahren eine Reihe von Gesetzgebungsvorschlägen und politischen Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Terrorismus und gewaltbarem Extremismus auf den Weg gebracht. Zudem wurden 2020 zwölf Millionen Euro für den Schutz von religiösen Stätten bereitgestellt.

### Antisemitismus online

Das Internet ist in der vergangenen Dekade zum größten Forum der Verbreitung von Judenhass und Verschwö-

rungsmythen geworden. Während der Corona-Pandemie stiegen antisemitische Inhalte signifikant an. Auch gelbe Judensterne mit „ungeimpft“ in einer das Hebräische verunglimpfenden Schrift konnte man weitgehend unwidersprochen tragen. Um Hass und Hassrede im Internet beizukommen, braucht es entschlossenes Vorgehen: Plattformbetreiber, die sich ihrer Macht und Verantwortung bewusst sind und entsprechend handeln; europäische Gesetze, die greifen und national umgesetzt werden; nationale Behörden, die Hassrede und Volksverhetzung im Netz ebenso ahnden wie auf der Straße, und verantwortungsvolle Nutzer.

### **Das INTERNET ist das größte Forum für Verbreitung von Judenhass und Verschwörungsmmythen.**

Plattformen verdienen ihr Geld mit der Verbreitung von Inhalten. Hass und Hetze verkaufen sich gut. Dies hat dazu geführt, dass online Verhalten geduldet wurde, welches man im analogen Zusammenleben niemals tolerieren würde. Fake News haben zu Einflussnahme im Wählerverhalten geführt und Hetze und Verschwörungsmmythen zu terroristischen Anschlägen wie auf die Synagoge in Halle im Oktober 2019 und die Shisha-Bar im Februar 2020 in Hanau.

Mit der Rahmenrichtlinie gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit von 2008 hat die EU eine rechtliche Grundlage geschaffen, wonach Hassre-

de, die auf gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit basiert, strafbar ist. Und was offline strafbar ist, ist auch online strafbar. Straftaten im Netz sind zu ahnden. Dazu müssen Algorithmen und „Big Data“ ausgewertet werden können. Das erfordert mehr geschultes Personal in Strafverfolgungsbehörden, engeren Austausch zwischen nationalen Behörden und enge Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern und Experten, die Hassrede im Internet analysieren.

2016 hat die Europäische Kommission einen freiwilligen Verhaltenskodex mit den großen sozialen Medien und Plattformen vereinbart. Darin verpflichten sich diese, ihnen gemeldete illegale Hassrede binnen 24 Stunden zu prüfen und gegebenenfalls zu löschen. Der Verhaltenskodex hat nicht nur dazu geführt, dass Hassrede beseitigt wird, wenn auch zu wenig, vielmehr haben die Plattformen mit der Unterschrift auch ihre Verantwortung anerkannt. Sie sind nicht nur Briefträger für Botschaften, sondern haben über Algorithmen auch Einfluss darauf, ob und wie sich Inhalte verbreiten.

Das Internet wird gerne als Datenauto-bahn ohne Verkehrsregeln bezeichnet. Die Europäische Kommission hat 2020 ein Gesetz über digitale Dienstleistungen vorgelegt, das systematische Ansätze zur Regulierung und Überwachung von Plattformen festlegt. Es geht um mehr Transparenz von Datenflüssen, Werbung, Algorithmen, Moderation, Benachrichtigungsverfahren über illegale Inhalte, Rechenschaftspflicht und Kooperationspflichten mit Behörden.

Zu guter Letzt muss aber auch jeder einzelne Nutzer verantwortungsvoll mit Inhalten umgehen. Das beginnt beim Lesen eines jeden Artikels, bevor man ihn weiterleitet, und geht bis zum Hin-

terfragen von Verschwörungsmmythen. Hassrede und Verschwörungsmmythen im Netz anzusprechen braucht Mut, weil die Gefahr besteht, selbst Opfer von Anfeindungen zu werden. Als im Zuge der Corona Pandemie im Frühjahr 2020 antisemitische und andere Verschwörungsmmythen stark zunahmen, hat die Europäische Union gemeinsam mit UNESCO und dem jüdischen Weltkongress die Twitterkampagne #Think-BeforeSharing<sup>15</sup> lanciert, die Nutzern helfen soll, Verschwörungsmmythen zu erkennen und zu entlarven.

**Die Twitterkampagne #THINKBEFORESHARING hilft, Verschwörungsmmythen zu erkennen und zu entlarven.**

### Jüdisches Leben in Europa

Heute gibt es jüdisches Leben in Deutschland und ganz Europa wieder in all seiner Vielfalt: säkular, reformiert, orthodox, zionistisch und anti-zionistisch, über die gesamte Bandbreite des politischen Spektrums verteilt. Aufgrund der Shoah sind die jüdischen Gemeinden in Europa aber klein und viele Menschen kennen keine Juden, vielleicht auch, weil diese ihre jüdische Identität aus Angst vor negativen Reaktionen nicht preisgeben. Nur 3 % der Europäer fühlen sich „sehr gut informiert“ über jüdische Geschichte, Sitten und Bräuche, rund ein Viertel findet sich „gut“ informiert.<sup>16</sup> Gleichzeitig wissen wir, dass das Kennenlernen jüdischer Kultur eines der

sichersten Mittel gegen antisemitische Vorurteile ist und nur noch übertroffen wird von der direkten Begegnung mit Jüdinnen und Juden.

Dieses Jahr feiert Deutschland 1.700 Jahre jüdisches Leben und zeigt mit Veranstaltungen im ganzen Land, wie verwoben jüdisches Leben von jeher war und welchen Beitrag Juden zur politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung Deutschlands leisteten und leisten. Dieses Jahr sollte nicht als einmaliges Jubiläumsjahr verstanden werden, sondern als der Beginn von mehr sichtbarem jüdischen Leben in Deutschland und Europa.

### EU-Strategie gegen Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens 2021

Im Mai 2021 wurde die Konferenz zur Zukunft Europas eröffnet, in deren Rahmen die Bürger der EU über ihr Europa diskutieren können. Die Zukunft Europas hängt eng mit der Zukunft der Juden in Europa zusammen. Ohne Juden in Europa kein Europa.

Die Unterstützung jüdischen Lebens in seiner Pluralität wird deshalb auch einen zentralen Platz in der ersten Europäischen Strategie zur Antisemitismusbekämpfung und zur Förderung jüdischen Lebens einnehmen, die vor Ende 2021 von der Europäischen Kommission vorgelegt werden wird. In dieser Strategie werden Maßnahmen zu Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus innerhalb und außerhalb der EU sowie zur Förderung jüdischen Lebens und Kultur vorgeschlagen. Außerdem werden auch Vorschläge gemacht, wie wir Holocaust-Gedenken und Bildung, nicht nur zur Shoah, sondern auch zu Antisemitismus und jüdischem Leben besser fördern können.

### Holocaust-Gedenken und Bildung

Die kommenden zehn Jahre werden darüber entscheiden, ob das Gedenken an die Shoah und das Wissen über sie als zentrales Geschehen in Europa an die nachfolgenden Generationen weitergegeben werden wird, und zwar auch an die Generationen, denen jeglicher Bezug zum Zweiten Weltkrieg fehlt, weil ihn niemand in der Familie erlebt hat. In manchen europäischen Großstädten sind die Großeltern von 20 bis 30 % der Bürger nicht einmal in Europa geboren.

**Das Gedenken an die Shoah muss an die nachfolgenden Generationen WEITERGEGEBEN werden.**

In einer zunehmenden multikulturellen Gesellschaft wird es zudem immer wichtiger, dass alle Europäer erfahren, unabhängig von ihrer Familiengeschichte oder ihrem Herkunftsland, wie es von antisemitischen Vorurteilen und Worten zum Holocaust kommen konnte und was dem jüdischen Volk im Holocaust angetan wurde. Untersuchungen zeigen, dass besonders die Auseinandersetzung mit der lokalen Geschichte nicht nur ein deutlich besseres Verständnis für die Hintergründe der Shoah schafft, sondern auch eine größere Identifikation mit dem Wohnort bewirkt und somit zum Beispiel der Integration neuer Europäer dienen kann. Das wäre ganz im Sinne der Rede von Bundespräsident Steinmeier anlässlich des Tages der Deutschen Einheit 2017: „Und zum

Deutsch-Werden gehört, unsere Geschichte anzuerkennen und anzunehmen. Das sage ich auch denen, die aus Osteuropa, Afrika oder den muslimisch geprägten Regionen des Mittleren Ostens zu uns gekommen sind. Wer in Deutschland Heimat sucht, kann nicht sagen: ‚Das ist Eure Geschichte, nicht meine.‘“<sup>17</sup>

Seit 2010 fördert die Europäische Union mit 15 Millionen Euro den Aufbau des European Holocaust Research Infrastructure (EHRI), das weltweit Holocaustgedenkstätten und Forschungszentren vernetzt und unter anderem die Digitalisierung von Archivmaterial in Yad Vashem/Israel und anderswo unterstützt, um Holocaust-Forschung weltweit zu ermöglichen. Als Teil der EU-Strategie muss es jetzt darum gehen, lokales Forschen und Gedenken etwa von Schulklassen und lokalen Organisationen zu unterstützen und dafür die notwendigen Strukturen aufzubauen.

### Wann endet Antisemitismus?

Der wiederaufflammende Antisemitismus seit der Jahrtausendwende wird von der Bevölkerung durchaus wahrgenommen. Rund die Hälfte der EU-Bürger ist der Meinung, Antisemitismus sei in ihrem Land ein Problem.<sup>18</sup> Das ist ein deutliches Zeichen an die Politik zu handeln. Leider wird es gegen die antisemitische Pandemie in absehbarer Zeit wohl keinen Impfstoff geben, der uns immun machen würde. Eines aber könnte helfen: Wenn wir aufhören, Antisemitismus als Sache von Juden oder nur als Minderheitenschutz zu sehen. Antisemitismus betrifft zunächst Juden, aber letztendlich betrifft er uns alle. Er rüttelt an den Festen der Demokratie, er missachtet unsere Werte, er tritt die Menschenrechte mit Füßen. Wenn Juden-

## Antisemitismus betrifft uns **ALLE**.

hass in der Vergangenheit anstieg, stand es nie gut um Europa. Das Motto des Jubiläumsjahres „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ ist „CHAI“ – das Leben. Und genau darum geht es. Wenn wir verstehen, dass es nicht um „Andere“ geht, sondern um unser aller Zukunft und die unserer Kinder, dann werden sich Politiker und eine breite Bevölkerungsschicht wesentlich vehementer für eine plurale, offene Gesellschaft einsetzen, in der Hass und Antisemitismus keinen Platz haben. ///



/// KATHARINA VON SCHNURBEIN  
M.ST. MES

ist Beauftragte der Europäischen Kommission für Antisemitismusbekämpfung und Förderung jüdischen Lebens, Brüssel.

### Anmerkungen

- <sup>1</sup> Der Inhalt des Artikels spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der EU-Kommission wider.
- <sup>2</sup> Jüdisches Fest zum Gedenken an das Empfangen der Zehn Gebote durch Mose auf dem Berg Sinai.
- <sup>3</sup> <https://twitter.com/MWuliger/status/1393561552884752393>, Stand: 15.5.2021.
- <sup>4</sup> FRA-Umfrage 2018: Experience and perceptions of antisemitism – Second survey on discrimination and hate crime against Jews in the EU, EU Fundamental Rights Agency, 2018, [https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra\\_uploads/fra-2018-experiences-and-perceptions-of-antisemitism-survey\\_en.pdf](https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2018-experiences-and-perceptions-of-antisemitism-survey_en.pdf), Stand: 8.5.2021.
- <sup>5</sup> Ebd.
- <sup>6</sup> <https://www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-charters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus>, Stand: 15.5.2021.
- <sup>7</sup> FRA-Umfrage 2018, S. 29.
- <sup>8</sup> Handbook for the practical use of the IHRA definition on antisemitism, European Commission, 2021, <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/d3006107-519b-11eb-b59f-01aa75ed71a1/language-en>, Stand: 15.2.2021.
- <sup>9</sup> Eurobarometer 484, S. 8., <https://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/survey/getsurveydetail/instruments/special/surveyky/2220>, Stand: 13.5.2021.
- <sup>10</sup> Ebd., Schweden (85%), Niederlande (77%), Deutschland (69%), UK (66%) und Frankreich (63%).
- <sup>11</sup> Jikeli, Günther: Antisemitismus unter Muslimen in Deutschland und Europa, in: Das neue Unbehagen – Antisemitismus in Deutschland, hrsg. von Olaf Glöckner und Günther Jikeli, Hildesheim 2019, S. 49-72.
- <sup>12</sup> In Deutschland ist der Anteil der Muslime durchschnittlich 7%, in manchen Städten deutlich höher.
- <sup>13</sup> Ratserklärung zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Entwicklung eines gemeinsamen Sicherheitskonzepts für einen besseren Schutz jüdischer Gemeinschaften und Einrichtungen in Europa, 15213/18, 6.12.2018.
- <sup>14</sup> Ratserklärung zur durchgängigen Berücksichtigung der Bekämpfung von Antisemitismus in allen Politikbereichen, 13637/20, 2.12.2020.
- <sup>15</sup> [https://ec.europa.eu/info/identifying-conspiracy-theories\\_en](https://ec.europa.eu/info/identifying-conspiracy-theories_en), Stand: 15.5.2021.
- <sup>16</sup> Eurobarometer 484, S. 30.
- <sup>17</sup> Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier anlässlich des Festakts zum Tag der Deutschen Einheit am 3.10.2017, [https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2017/10/171003-TdDE-Rede-Mainz.html;jsessionid=8454E82C6BBF815B8498F915B8FB8E90.2\\_cid504?nn=9042544](https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2017/10/171003-TdDE-Rede-Mainz.html;jsessionid=8454E82C6BBF815B8498F915B8FB8E90.2_cid504?nn=9042544), Stand: 5.5.2021.
- <sup>18</sup> Eurobarometer 484, 2019, S. 7-12.